

Seit 2015 wird der Jemen von einem brutalen Krieg beherrscht, in dem eine von Saudi-Arabien geführte Koalition einen erbarmungslosen Bombenkrieg gegen die Houthi-Rebellen führt. Weit über 10.000 Menschen wurden bisher getötet, über 3 Millionen sind auf der Flucht. Der Krieg wird dominiert von brutalsten Kriegsverbrechen der Saudi-Koalition. Die größte Cholera-Epidemie der Geschichte und die größte Hungersnot seit Jahrzehnten sind die Folge dieses Krieges.

Der Westen gibt der Saudi-Emirate-Koalition die Mittel in die Hand, im Jemen einen genozidalen Bombenkrieg zu führen und macht sich damit zum Komplizen abscheulichster Kriegsverbrechen wie dem Massaker auf einen Schulbus. Kriegsverbrechen wie dieses sind keineswegs die Ausnahme, sondern sie sind Teil der Strategie der Saudi-Koalition. Erst vergangene Woche wurden bei Bombenangriffen auf das Al Thawra Hospital sowie einen Fischerhafen in Hodeida 55 Zivilisten getötet sowie 124 weitere teils verletzt. Im Laufe des dreieinhalbjährigen Krieges wurden Angriffe auf Schulen, Krankenhäuser, Kraftwerke, Marktplätze, Moscheen, Flüchtlingslager, Lebensmittelfabriken, Stromnetze, Wasserwerke, Wohnviertel, Weltkulturerbestätten, Brücken, Beerdigungen, Hochzeiten, Häfen, Hotels, Häuserblocks, eine Geflügelfarm, ein Flüchtlingsboot und eine Blindenschule wohl dokumentiert.

Wie die neun Ländern der Saudi-Emirate-Koalition müssen auch die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der Türkei, Italiens, Deutschlands, Spaniens, der Niederlande, Kanadas, der Schweiz, Australiens sowie die Führung der NATO für ihre fortbestehende Unterstützung der Koalition vor nationalen und internationalen Gerichten als Kriegsverbrecher angeklagt werden.

UN-Generalsekretär António Guterres verurteilte die Angriffe der Saudi-Emirate-Koalition und forderte eine „sofortige und unabhängige Untersuchung“ der Vorfälle. Auch Meritxell Relaño, die Jemen-Gesandte des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, reagierte fassungslos auf den Angriff auf den Schulbus: „Ich habe keine Worte mehr. Wie konnte das ein militärisches Ziel sein? Warum werden Kinder getötet?“

„NO Excuses anymore!“, schreibt Geert Cappelaere, der UNICEF-Regionaldirektor für den Nahen Osten und Nordafrika auf Twitter die Angriffe aufs Schärfste. „Braucht die Welt wirklich noch mehr unschuldige Kinderleben, um den grausamen Krieg gegen die Kinder des Jemen zu stoppen?“

Und UNICEF-Chefin Henrietta H. Fore nennt neben den Verantwortlichen der Saudi-Emirate-Koalition hingegen auch andere mächtige Akteure, die es in der Hand hätten, die Barbarei im Jemen zu beenden: „Zugunsten der jemenitischen Kinder [sollten] die Konfliktparteien und diejenigen, die Einfluss auf sie haben, **einschließlich der Mitglieder des UN-Sicherheitsrates**, diese Katastrophe stoppen.“

Die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats sind: USA, Großbritannien, Russland, China, Frankreich.

Ohne Unterstützung des Westens könnte die Saudi-Emirate-Koalition keinen Krieg im Jemen und gegen die Menschen dort führen.

Es gilt als Binsenweisheit des Jemen-Kriegs, dass der Krieg morgen beendet wäre, würden die USA und ihre westlichen Partner heute ihre Unterstützung der Saudi-Emirate-Koalition einstellen – im wahrsten Sinne des Wortes. Neben Bereitstellung von Geheimdienstinformationen und Zielkoordinaten, logistischer Unterstützung, militärischer Ausbildung sowie der Luftbetankungen der Koalitions-Kampfflugzeuge durch die U.S. Air Force – ohne die der Luftkrieg über die riesigen Wüsten der Arabischen Halbinsel hinweg schlicht unmöglich wären – sind es in erster Linie die Waffenlieferungen der USA, die den Krieg am Laufen halten. Friedensnobelpreisträger Obama verkaufte den Saudis Rüstungsgüter in Höhe von 115 Milliarden Dollar, Donald Trump vereinbarte nach nur wenigen Wochen im Amt gleich und Rüstungsdeals im Wert von 110 Milliarden Dollar.

In den drei Jahren des Jemen-Kriegs (2015-2017) stammten zwei Drittel der Waffenlieferungen an die beiden Köpfe der Koalition – Saudi-Arabien und Arabische Emirate - aus den USA, 15 Prozent aus Großbritannien und sechs Prozent aus Frankreich, sowie je 1-2 Prozent aus sieben weiteren Ländern (vom Autor berechnet nach SIPRI-Daten). Bis auf die Türkei sind all diese Länder Teil der „westlichen Wertegemeinschaft“. Bis auf die Schweiz sind alle in der NATO.

Quelle des infos (web blog JusticeNow!)